

# Pressemitteilung

## des Landeselternrates Sachsen

26. Juni 1999

### Unterschriftensammlung für kleinere Klassenstärken

Der Landeselternrat übergab den bildungs- und finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen des Landtags im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung des Landeselternrates über 26.000 Unterschriften mit einem Schreiben an den Landtagspräsidenten, Herrn Ittgen, mit der Aufforderung, dass der jetzige und ab September neu zusammen gesetzte Landtag durch ihn von den Forderungen der Eltern informiert wird.

Sächsische Eltern fordern mit ihrer Unterschrift eine **bessere finanzielle Ausstattung der Bildung**, um einen kleineren Klassenteiler von 25 durchzusetzen, bzw. ihn dort wo er vorhanden ist beizubehalten.

Die Eltern machen darauf aufmerksam, dass eine qualitätsgerechte, den zukünftigen Anforderungen gewachsene Bildung durch die unzureichenden Rahmenbedingungen und zu geringe Finanzierung gefährdet ist.

- durch Schulschließungen steigen Klassenstärken ungeachtet der sozialen Probleme in den Klassen
- große Klassen verhindern individuelle Förderung leistungsstarker bzw. -schwacher Schüler
- eine Wertevermittlung in der Schule erfolgt nicht ausreichend
- es fehlen Lehrer für intensivere Fremdsprachenvermittlung und für Musik, Sprachen, Kunst sowie Ethik und Religion
- es fallen noch zu viele Unterrichtsstunden aus (Statistiken sagen nichts über die Qualität von Vertretungs- oder Beschäftigungsstunden aus)
- die Integration behinderter Kinder wird nicht in ausreichendem Maße gefördert; dadurch wird auch die Chance vertan, den gesunden Kindern Toleranz zu vermitteln und Berührungsängste abzubauen
- Lehrer haben zu wenig Zeit für Schüler- und Elterngespräche sowie zu wenig Freiräume für fachübergreifende Unterrichtsgestaltung
- Schulschließungen verursachen zusätzliche Belastungen der Schüler durch lange Fahrzeiten; Eltern müssen hierfür oft hohe Fahrkosten übernehmen

*Schülerinnen und Schüler müssen in Erfüllung eines Vertrages zwischen den Generationen im Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Politik stehen.* In diesem Sinne und angesichts der jetzigen Situation eines sich völlig wandelnden Arbeitsmarktes muss Ziel der Bildungspolitik sein, für Schüler und Schülerinnen an allen Schulen die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen.

Bildung und Erziehung sind gesellschaftliche, d.h. öffentliche Aufgaben höchsten Ranges. Im öffentlichen Bewusstsein ist dem dringend ein höherer Stellenwert einzuräumen. Für Land, Städte und Gemeinden ist dies eine originäre Aufgabe, für die vom vorhandenen Geld ein ausreichender Anteil bereitzustellen ist. Politiker müssen erkennen, dass z.B. Auto und Straßen zwar notwendige und bequeme Beförderungsmittel sind, aber in der Zukunft nichts nützen, wenn wir unseren Wirtschaftsstandort durch Bildung der Heranwachsenden nicht für die Zukunft sichern.

Politiker sollten genauer sehen, wohin eine Sparpolitik in der Bildung führt:

Bei zu knapper Lehrerdecke werden die vorhandenen Lehrer überlastet oder können sich nicht den notwendigen Ergänzungs- und Arbeitsgemeinschaftsbereichen oder Gesprächen mit Schülern und Eltern

widmen. In den Lehrerkollegien stimmt die Altersstruktur nicht mehr, es fehlt ein ausreichender Anteil junger Lehrer.

Die Realität an den Schulen wird leider häufig von großer Lustlosigkeit seitens der Lehrer und Schüler bestimmt. Für Wertevermittlung, Herausbildung sozialer Kompetenzen, Konfliktlösungs-Training sowie zur Förderung persönlicher Fähigkeiten ist wenig Zeit!

Was bei der Erziehung und Bildung jetzt gespart wird, muss in wenigen Jahren durch (Kriminal-)Polizei, Krankenhaus sowie Sozial- und Arbeitsämter vervielfacht ausgegeben werden!

Der LER fordert daher Veränderungen u.a. in folgenden Bereichen:

- ✧ vorausschauende Personalplanung zur Sicherung von Neueinstellungen und fachspezifischem Unterricht
- ✧ Klassenstärken auf maximal 25 Kinder zu begrenzen
- ✧ Erhalt von wohnortnahen Schulen auch durch jahrgangsübergreifenden Unterricht
- ✧ Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen in inhaltlicher und materieller Hinsicht bei ausreichender Finanzierung und Lehrerversorgung
- ✧ mehr Flexibilität im Lehrerdienstrecht
- ✧ Bildungsinhalte überarbeiten zur Vermittlung von Grundkompetenzen und der lebenslangen Lernfähigkeit
- ✧ Lehrerausbildung und Fortbildung vor allem auch im sozialen und pädagogischen Bereich verbessern (ohne zusätzlich Ausfälle des Unterrichts zu verursachen)
- ✧ Schulverwaltung und Schulaufsicht auf globale Anleitungs-, Kontroll- und Sicherungsaufgaben beschränken
- ✧ mehr Mittel für Schulhausbau, einschließlich für Schulsporthallen und für Unterrichtsmaterialien bereitstellen
- ✧ Computer und Internet müssen selbstverständlich als moderne Lernhilfsmittel und zur Medienerziehung zur Verfügung stehen
- ✧ gesetzlich stärkere Verankerung der Elternmitwirkung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule

Wir appellieren dringend an die Politiker:

Denken Sie an die Zukunft • sichern Sie jetzt die Bildung unserer Kinder mit ausreichenden finanziellen Mitteln ab.

**Bildung muss ein Grundrecht für alle bleiben!**